

Privatisierte (Wahl-)Politik

Die synchronisierten Kongress- und Senatswahlen vom 14. Mai 2007

Die Wahlen in den Philippinen gelten weithin als Durcheinander von anachronistischer Stimmzählung, Regelverstößen, Einflussnahme und Gewalt – so liest man immer wieder. Hinter dem Durcheinander verbirgt sich jedoch ein hoch komplexes System von Wahlfälschung und politischer Gewalt.

Philipp Bück

Am 14. Mai fanden in den Philippinen Wahlen statt. Gewählt wurden in dem Wahlgang nicht nur zwölf Senatoren/innen und 250 Kongressabgeordnete, sondern auch 17.000 lokale Abgeordnete auf Provinz-, Stadt- und Gemeindeebene. Gewissenhafte Wähler/innen konnten auf dem Wahlzettel nicht weniger als zwölf Senatoren, eine Parteiliste, eine/n Kongressabgeordnete/n, eine/n Bürgermeister/in, eine/n Vize-Bürgermeister/in und zwölf Abgeordnete für den Stadtrat wählen, das hieß ganze 26 Namen, die handschriftlich eingetragen werden mussten.

Als Wahllokale dienten Schulen, deren Lehrpersonal den Wahlgang organisatorisch vorbereitete, begleitete und schließlich die Stimmen auszählen musste – von sechs Uhr früh bis tief in die Nacht trugen die Lehrerinnen und Lehrer bei den Wahlen die Hauptverantwortung. Darüber hinaus saßen in fast allen der etwa 230.000 Wahllokale mehrere Wahlbeobachter/innen der unterschiedlichen Kandidaten/innen und politischen Interessengruppen bzw. Parteien. Hinzu kamen etwa 500.000 Wahlbeobachter/innen des kirchlich geführten *Parish Pastoral Council for Responsible Voting* (PPCRV), tausende Journalisten/innen, Polizei- und Armeeeinheiten sowie das Personal der Wahlbehörde COMELEC. Zählt man die vielen hunderttausend Aktiven während der Wahlkampfperiode hinzu, so ist es nicht übertrieben zu sagen, dass an den Wahlen ein guter Teil der philippinischen Bevölkerung weit über die reine Stimmabgabe hinaus aktiv teilnahm. Nicht von ungefähr lag die Wahlbeteiligung bei weit über 80 Prozent.

Alle sind gleich?

Dies mag daran liegen, dass, in einem Land mit so gewaltigen sozioökonomischen Ungleichgewichten, am Wahltag sogar der ärmste Pächter mit dem reichsten Großgrundbesitzer vor dem Gesetz – theoretisch – gleichgestellt ist, denn beide haben nur eine Stimme. Für eine 18-jährige Pächterstochter mag der erste Wahlgang daher ein sehr emanzipatorisches Erlebnis sein.

Diesem gewaltigen Interesse und der großen Beteiligung steht jedoch ein Wahlsystem gegenüber, das sich nicht in einem Satz charakterisieren lässt. Das aus der amerikanischen Kolonialzeit geerbte Wahlsystem hat sich über Jahrzehnte kaum verändert und wirkt aufgrund der handschriftlichen Stimmabgabe und manuellen Zählung wie ein Anachronismus. Es ist ein Paradebeispiel für die politische Kultur in den Philippinen, in der Demokratisierungsbestrebungen in Spannungsverhältnissen mit Partikularinteressen auf nationaler und lokaler Ebene stehen. Dieses raubtierartige Verhältnis der politischen Familien und Elite zueinander tritt während der Wahlen hervor, da hier die Karten neu gemischt werden und sich die politischen Blöcke neu formieren. Gesellschaftspolitische Konflikte werden dadurch verschärft, Mobilisierungen von sozialen Bewegungen und politischen Parteien werden verstärkt und die Bevölkerung allgemein politisiert. Das manuelle Wahlsystem verkompliziert diese Prozesse und erhöht die Gefahr politischer Gewalt.

Perfektionierte Wahlfälschung

Trotz des gewaltigen gesellschaftlichen Interesses an demokratischen Wahlen hat eine kleine Elite von meist auf Klanstrukturen basierenden politischen Familien die Manipulation und Einflussnahme auf Wahlergebnisse über einhundert Jahre hin perfektioniert.

Der Autor ist Geschäftsführer des philippinenbüro e.V. im Asienhaus und hat vom 9.-18. Mai an einer internationalen Wahlbeobachtungsmission in den Philippinen teilgenommen.

Allein für den Stimmenkauf gibt es vermutlich Dutzende verschiedene Mechanismen: Geld, Güter und Dienstleistungen werden gezielt an bestimmte Segmente der Bevölkerung verteilt um sie für eine/n bestimmte/n Kandidaten/in oder eine Allianz zu gewinnen – oder sie dazu zu bringen gar nicht zu wählen. Stimmen werden in der Regel in den letzten zwei Tagen vor den Wahlen gekauft – normalerweise klingelt es an der Tür und man bekommt einen Umschlag mit 100, 200, 500 oder sogar 1000 Pesos (62 Pesos = Ein Euro) gemeinsam mit einem Beispielmstimmzettel überreicht. Auf Grund der kulturell verankerten Dankesschuld *utang-na-loob* können solche Beträge ausreichen, den Empfänger zu beeinflussen – vor allem in ländlichen Gebieten.

Für Wahlfälschung gibt es nahezu unbegrenzte Möglichkeiten. Darunter zählen während der Stimmabgabe:

- Vorgabe einer falschen Identität
- Begleitung und Einflussnahme von Wählern
- *lanzadera*, ein komplexer Mechanismus durch den eine zusätzliche Stimme abgegeben und Wahlzettel vertauscht werden können
- Markierungen auf Stimmzetteln oder Wahlunterlagen, durch welche die Identität des Wählers mit einem Stimmzettel in Verbindung gebracht werden kann. Die Anonymität der Stimmabgabe wird so verletzt
- Absichtliche Verspätung bei der Auslieferung von Stimmzetteln oder anderem notwendigen Zubehör für die Wahllokale
- Störungen des Verkehrs am Wahltag mit Behinderungen für Wahlunterlagen oder Wählern/innen
- Veränderungen der Liste der zur Wahl zugelassenen Personen
- Gewalttätige oder illegale Aneignung von Stimmzetteln
- Verschiedenste Formen des Ersatzes von Stimmzetteln

Aber auch während der Stimmzählung gibt es viele Formen der Einflussnahme:

- falsch vorgelesene Namen auf Stimmzetteln
- falsch aufgeschriebene Stimmen auf den Auszählungstabellen
- Austausch von Stimmzetteln
- Veränderung von Auszählungstabellen
- Verzerrung von Auszählungsergebnissen
- Zerstörung, Diebstahl oder Austausch von Auszählungstabellen oder Wahlurnen

Dies sind allein die geläufigen Wahlfälschungsmethoden auf der Ebene der Wahllokale. Auf Gemeinde- und Provinzebene lässt sich an größeren Rädern drehen. So werden z.B. aus 200 Stimmen schnell 20 oder 2.000. Für dieses sogenannte *dagdag/bawas* (addieren/subtrahieren) lassen sich die betreffenden professionellen Fälschersyndikate ebenfalls entlohnen – mit bis zu 1.000 oder mehr Pesos pro Stimme. Ebenfalls kommt es vor, dass nun die Stimmzettel

der Nichtwähler eines Wahlbezirks ausgefüllt hinzugefügt werden. Manche Wahlbezirke haben eine um 30 Prozent höhere Zahl von registrierten Wählern als vor drei Jahren – ohne das tatsächlich eine größere Zuwanderung stattgefunden hat. Die zusätzlichen Stimmen werden dann bestimmten Kandidaten/innen verkauft.

Keine Stimme – kein Zuhause

Auf einer weiteren Stufe der Einflussnahme folgen Einschüchterungen, Drohungen und das Erzeugen eines allgemeinen Angstgefühls in der Bevölkerung. Zu diesen kruderen Methoden gehört z.B. das *no vote, gabut*, d.h. die Androhung der Vertreibung von Haus und Land eines sich zur Wahl stellenden Großgrundbesitzers, falls dieser oder der von ihm propagierte Kandidat nicht gewählt wird. Lokal einflussreiche Männer beauftragen ebenfalls staatliche Sicherheitskräfte, bewaffnete Gruppen oder Privatarmeen mit der gewaltsamen Durchsetzung ihrer Partikularinteressen.

Auf illegale Weise werden so bewaffnete Schergen oder Sicherheitskräfte zur Einschüchterung und Behinderung von politischen Rivalen während des Wahlkampfes, zur Einrichtung von Straßensperren oder während des Stimmenkaufs eingesetzt – einen Geld-Umschlag von bewaffneten Männern zu erhalten, ist auf Grund des zusätzlichen Einschüchterungseffekts noch wirksamer.

Körperliche politische Gewalt ist jedoch ebenfalls weit verbreitet. Bis zum 16. Mai 2007 kamen 126 Menschen durch wahlbezogene Gewalt um. Weitere 149 Menschen wurden verletzt. Im Jahr 2004 sind sogar über 170 Menschen umgekommen. Die Polizei beschrieb die jetzigen Wahlen daher als »relativ friedlich«. Sogar die Börse reagierte positiv und schnellte auf ein Rekordhoch.

Repressive Einflussnahme

Tatsache ist jedoch, dass die politische Einflussnahme auf die Wahlbehörde COMELEC, auf die Sicherheitskräfte und lokale Behörden, sowie das Klima der Angst unter Wählern, Wahlbeobachtern und auszählenden Lehrern/innen zugenommen zu haben scheint. Wiedergespiegelt wird dies unter anderem durch die Ergebnisse der internationalen Wahlbeobachtungsmission der *Active Citizenship Foundation* (ACF), die Teams in sechs Provinzen stationiert hatte. In allen diesen Provinzen wurde die Präsenz von bewaffneten Kräften beobachtet. Weiterhin wurde von einer bedrohlichen Polarisierung zwischen zwei- oder mehreren politischen Wettbewerbern berichtet. Diese ging mit Androhung von Gewalt, gewaltsamer Behinderung von Wählern vor oder während des

Wahltag, Schießereien, Morden (etwa 60 Kandidaten/innen wurden während des Wahlkampfes erschossen) und anderen Zwischenfällen einher.

In Maguindanao berichteten die mit der Wahl beauftragten Lehrer/innen, sie wären in der Nacht nach der Wahl von bewaffneten Männern gezwungen worden, Wahlzettel auszufüllen. Die ganze Nacht lang hätten sie und ihre Kollegen/innen immer wieder die gleichen Namen auf Stimmzettel schreiben müssen, so berichtete eine Lehrerin. So brachte das Wahlergebnis in Maguindanao große Überraschungen: Dort gewannen die Senatorenkandidaten des Arroyo-Lagers alle zwölf Sitze. Und das obwohl acht Kandidaten/innen der Opposition in der »magischen Zwölf« der zwölf führenden Kandidaten/innen waren. Die Wahlbehörde COMELEC reagierte auf die Vorwürfe mit Ablehnung: Die Wahlurnen in Maguindanao blieben unter Verschluss und der COMELEC-Vorsitzende Benjamin Abalos drohte mit Konsequenzen, falls keine Beweise geliefert würden. Die Vorwürfe seien »tsismis« – Gerüchte. In der Presse etabliert sich jedoch das Bild, dass die Wahlen in Maguindanao eigentlich nicht stattgefunden haben.

Watchdog Presse

Die Wahlen machen das Ausmaß des Versagens des politischen Systems in den Philippinen deutlich. Die

Privatisierung von Politik macht Wahlergebnisse, politische Entscheidungen oder die Zuarbeit öffentlicher Organisationen käuflich.

Die Presse bietet hier ein wichtiges Gegengewicht. Die regelmäßig aktualisierten Zählungen der PPCRV, sowie verschiedener Fernsehsender, bieten eine Richtschnur der Glaubwürdigkeit für das offizielle Wahlergebnis. Leider sind diese Zählungen auf lokaler Ebene und auf der Ebene der Parteilisten medial relativ wenig profiliert – die 17.000 lokalen Wahlkämpfe und 93 Parteilisten finden neben den Zählungen für den Senat deutlich weniger Beachtung. Daher haben vor allem progressive Parteilisten mit relativ wenig finanzieller Potenz einen schweren Stand im gegenwärtigen Wahlsystem.

»Verteidige deine Stimme«

Trotzdem besteht Hoffnung, denn die Bevölkerung hat mancherlei traditionellem Politiker eine Abfuhr erteilt. Während die Schlappe der Regierung bei den Senatswahlen als Protestwahl abgetan werden mag, so überraschen einige Einzelergebnisse: Der ungemein populäre Superstar, Boxer und Kongresskandidat Manny Pacquiao verlor gegen alle Erwartung. Ebenso überraschte die Niederlage des in Sulu angetretenen ehemaligen MNLF-Führers Nur Misuari, der seltsamerweise für die Regierung angetreten war.

Der 2005 aufgrund von Wahlfälschungsvorwürfen bekannt gewordene ehemalige COMELEC-Funktionär Garcia, dem nachgesagt wurde, er könne »jeden zum Gewinner machen«, war in seiner Heimatprovinz Bukidnon angetreten – und verlor ebenfalls.

In Pampanga gewann der katholische Priester Ed Panlilio gegen die Frau des übermächtigen Jueteng-Fürsten Pineda.

In mehreren Gemeinden im von Wahlfälschung besonders betroffenen Mindanao wurden die Wahlen auf Grund von öffentlichen Protesten und vielen Berichten in den Medien neu angesetzt. Und in Gemeindehäusern landauf, landab, beobachteten oft mehrere hundert Menschen die Stimmauszählung – selbst wenn sie Fälschungen vielleicht auch nicht verhindern konnten, so waren sie präsent, um ihre Stimme gegebenenfalls verteidigen zu können.

Diese Leute sind die Hoffnungsträger für eine andere philippinische Wahlpolitik und die nächsten Wahlen 2010, 2013 oder 2016.



Viele Gesichter, wenig Profil: Wahldschungel in Manila

Foto: P. Bück